

## **Chronik des Dienstgebäudes des Oberlandesgerichts: Teil 3: Die Jahre 1956 bis heute**

### **1956/1957**

Die großzügig mit Festsaal, Speisesaal, zwei Empfangszimmern, zwei Wohnzimmern, Arbeitszimmer, Wohnräumen, Garderobenräumen, Wirtschafts- und Dienstbotenräumen ausgestattete Dienstvilla des Präsidenten des Oberlandesgerichts wurde für Büro Zwecke umgebaut. Es verblieb im rückwärtigen Teil der 1. und 2. Etage eine Dienstwohnung für den Präsidenten des Oberlandesgerichts, die zuletzt bis Ende Juni 1976 von Dr. Thuncke bewohnt wurde, bevor die Räumlichkeiten ausschließlich als Dienstzimmer genutzt wurden.

### **1956 - 1958**

Bereits bei Errichtung des Dienstgebäudes an der Cecilienallee war sowohl vom Zuschnitt des Grundstücks als auch von der Planung des Gebäudes ein hofseitiger Erweiterungsbau vorgesehen. Dies lassen die in dem der Bezirksregierung zugewandten Gebäudeflügel zur Hofseite hin gelegenen Dienstzimmer, die die Verlängerung des Flures bilden, noch heute erkennen. In ihnen setzt sich das in den Fluren vorhandene Deckengewölbe fort. Nach der ursprünglichen Planung sollte hier der Übergang zu einem im Hofbereich gelegenen Erweiterungsbau liegen. Da diese Planung aber letztlich nicht umgesetzt werden konnte, entstand, abgehoben vom Stil des Altbaus, durch einen Glasgang mit diesem verbunden, das vom Staatshochbauamt Düsseldorf entworfene und geplante zehnstöckige Hochhaus als Stahlbetonskelettbau, das 1958 bezogen wurde.



### **Ebenfalls 1958**

fand ein Wettbewerb "Kunst am Bau" zur Gestaltung der Außenfassade des Hochhauses statt. Auf der Wandfläche innerhalb der Arkade sollte, als Wahrzeichen des Hauses für die Öffentlichkeit bestimmt, eine Art Medallion mit bildlicher Darstellung angebracht werden. An diesem Wettbewerb nahm auch Joseph Beuys teil, der die Skulptur "Justitia"/"Sybilla" schuf. Das Vorhaben wurde nicht verwirklicht. Die Skulptur von Joseph Beuys ist heute im Museum Ludwig in Köln ausgestellt. Im Oberlandesgericht erinnert eine Fotografie der Arbeit von Beuys an die Verbindung zum Hause. Zur Ausführung kam eine unabhängig von dem Wettbewerb vorgesehene Skulptur auf der Wiesenfläche des Gartens, die von dem Kölner Bildhauer Josef Jäckel geschaffen wurde.

## 1964

Wegen Raumbedarfs für die Oberjustizkasse, die Bezirkslohnstelle, die Vorprüfungsstelle und der Versorgungsabteilung sowie zur Aktenlagerung wurden von August 1964 bis Ende 1971 vier Etagen des Geschäftshauses Münsterstraße 94 angemietet.



## 1967

Ab August 1967 wurden zur Unterbringung des Vollzugsamtes und von Teilen der Senatskanzlei 11 Räume auf der Kaiserswerther Straße 239 angemietet. Das Mietverhältnis dauerte bis Ende 1970.

## 1971

Mit Wirkung ab 1. Dezember 1971 wurden in dem Gebäude Kleverstraße 23, Ecke Fischerstraße zusätzliche Büroräume angemietet. Dort wurden die Bezirkslohnstelle, die Personalabteilungen für den einfachen, mittleren und gehobenen Dienst sowie für Angestellte, die Versorgungsabteilung, die Haushaltabteilung, die Verwaltungskanzlei, die Beihilfestelle, das Justizprüfungsamt und bis Ende September 1976 verschiedene Dezernenten der Generalstaatsanwaltschaft untergebracht. Das Mietverhältnis endete mit Ablauf des 30. November 1999.

## 1973 - 1975

Durch das Gesetz zur allgemeinen Einführung eines zweiten Rechtszuges in Staatsschutzsachen vom 8. September 1969 ergab sich die Notwendigkeit eines besonders gesicherten und abhörsicheren Sitzungssaales bei dem Oberlandesgericht. Im Rahmen der Planungen wurden die Aufstockung des Hochhauses und die Errichtung eines Pavillons in der Mitte des Innenhofes in Erwägung gezogen. Aus Kostengründen entschied man sich für einen Umbau im Altbau. Vom Sommer 1973 bis zum 19. Juni 1975 wurde im Sockelgeschoss des Gebäudes an der Cecilienallee für die Verhandlung von Staatsschutzsachen der besonders gesicherte Sitzungssaal (A 01) eingebaut. Bereits am 24. Juni 1975 begann in dem Sitzungssaal der Prozess gegen Günter Guillaume. Vom 7. Januar bis 27. Mai 1997 wurde hier auch die Strafsache gegen Markus Wolff verhandelt.

## 1975

Die Vertreter der Generalbundesanwaltschaft und der Polizei stellten im Juni 1975 fest, dass der Sitzungssaal für Staatsschutzsachen im Dienstgebäude des Oberlandesgerichts an der Cecilienallee für das Verfahren gegen die sogenannten Stockholm Attentäter nicht geeignet ist. Die räumlichen Voraussetzungen und die erforderlichen Sicherheitsvorkehrungen für die Durchführung des Verfahrens wurden im Lippe-Haus an der Tannenstraße geschaffen. Der Umbau wurde Ende 1975 fertiggestellt, der Prozess gegen die "Stockholm-Attentäter" begann am 6. Mai 1976. Die Räumlichkeiten im Lippehaus werden noch heute für Strafprozesse genutzt.

## **1976**

Bei dem Haupteingang an der Cecilienallee wurde eine Pförtnerloge aus Glas und am Zugang zum Haupttreppenhaus eine etwa 2 Meter hohe geschlossene Glaswand mit elektrischen Schiebetüren eingebaut. Damit wurde die im Zusammenhang mit den allgemeinen Sicherheitsmaßnahmen für die Gebäude des Oberlandesgerichts provisorisch eingerichtete Einlasskontrolle am Eingang zur Klever Straße einer dauerhaften Lösung zugeführt. Aufgrund des zunehmenden Sicherheitsbedürfnisses wurde die Pförtnerloge 1978 zusätzlich durch den Einbau von Panzerglas gesichert.

## **1978**

Seit 1975 wurde eine starke Verschmutzung der Außenfassade des Altbaus an der Cecilienallee beklagt. Nach Reinigung der Fassade des Gebäudes der Bezirksregierung fand dies auch in der örtlichen Presse und in der Lokalpolitik Beachtung. 1978 wurden schließlich die Mittel für eine chemische Reinigung der Außenfassade zur Verfügung gestellt und das Gebäude erstrahlte wieder in altem Glanz.

## **1989**

Am 18.07.1989 wurden in der Anmietung Willi-Becker-Allee 8 für das Justizprüfungsamt bei dem Oberlandesgericht Düsseldorf acht Räume für Prüfungszwecke eingerichtet. Die Hausverwaltung für die gesamte Anmietung obliegt seit April 1989 der Staatsanwaltschaft Düsseldorf. 1996 übernahm der Präsident des Oberlandesgerichts die Dienstaufsicht über die ebenfalls in der Anmietung Willi-Becker-Allee 8 untergebrachte Arbeitsgruppe "Automation des Gerichtskosten- und Kassenwesens", die bis dahin dem Präsidenten des Amtsgerichts Düsseldorf unterstellt war. Diese Arbeitsgruppe zog am 30. Juni 1997 in die Tersteegenstraße und das Dezernat 3 bezog die Anmietung in der Willi-Becker-Allee. Nach dem Umzug des Dezernats 3 in die Anmietung auf der Georg-Glock-Straße wechselte die Beihilfestelle wegen Beendigung des Mietverhältnisses auf der Klever Straße in die Räume an der Willi-Becker-Allee.

## **1990**

In der Zeit vom 1. Juli 1990 bis zum 30. Juni 2000 wurden in der Tersteegenstraße 3 zusätzliche Büroräume angemietet. Grund für diese Anmietung war die personelle Verstärkung des Justizprüfungsamtes. Um das Dezernat 5 und das Justizprüfungsamt räumlich nicht zu trennen, zog das Dezernat 3 C, aus dem später das Dezernat 8 wurde, in die Tersteegenstraße.

## 1993

Am 1. Januar 1993 wurden in der Haroldstraße 14 Büroräume für das Rechnungsamt angemietet. Mit dessen Auflösung wurde auch das Mietverhältnis am 31. Dezember 1997 beendet.

## 1998



Mit der Anmietung von Büroräumen im Gebäude Georg-Glock-Straße 4 seit 1. Februar 1998 standen für die Zeit der Sanierung und Restaurierung des Hochhauses und des Altbaus Ausweichquartiere zu Verfügung, soweit Räume des Altbaus und des Hochhauses zur Durchführung der Arbeiten freigeräumt werden mussten. Außerdem konnte die Zahl der Anmietungen reduziert und die Dezernate, die zuvor in der Klever Straße und der Tersteegenstraße angesiedelt waren, in einem Gebäude untergebracht werden. Am 4. September hat das Beratungstelefon Informationstechnik (BIT) in den Räumen an der Georg-Glock-Straße seinen

Betrieb aufgenommen.